

Zwischen räumlicher Mobilität und struktureller Immobilität

Venezolanische Geflüchtete in Kolumbien

Alina Löffler

Zusammenfassung

Rund fünf Millionen Venezolaner*innen haben in den letzten Jahren ihr Heimatland verlassen und sind in umliegende Staaten geflohen. Diese stehen angesichts dieser neuen Form der Mobilität auf dem Kontinent vor institutionellen, sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen. Besonders betroffen ist dabei Kolumbien, welches mit mehr als 1,8 Millionen am meisten Venezolaner*innen aufgenommen hat. Dabei hat Kolumbien in der Vergangenheit bereits die Mobilisierung eigener Bevölkerungsteile, vor allem in Form von interner Vertreibung während des bewaffneten Konflikts, erlebt. Der Beitrag widmet sich zunächst der Frage, welche Erfahrungen in Kolumbien in der Vergangenheit mit Mobilität gemacht wurden und wie die kolumbianische Regierung vor diesem Hintergrund mit venezolanischen Geflüchteten umgeht. Ein besonderes Augenmerk wird auf die Einführung von speziellen Aufenthaltstiteln für Venezolaner*innen und die mit diesen verbundenen Rechte und Einschränkungen gelegt. Hierbei fällt auf, dass die nur wenig konsolidierte kolumbianische Migrationspolitik nicht auf die massive Einreise ausländischer Staatsbürger*innen vorbereitet war und somit nur kurzfristig Maßnahmen ergreifen konnte, ohne die längerfristige Integration der Venezolaner*innen ins Auge zu fassen. Schließlich fokussiert der Beitrag die Arten der Unterbringung venezolanischer Geflüchteter in Kolumbien. Diese leben zumeist in prekären Wohnverhältnissen im kolumbianisch-venezolanischen Grenzgebiet oder in der Peripherie der großen Städte. In diesem Zusammenhang wird argumentiert, dass die Geflüchteten in Kolumbien keinerlei Wohnsitzauflagen oder Bewegungsbeschränkungen unterworfen sind und folglich über eine hohe räumliche Mobilität verfügen. Dennoch sind sie durch strukturelle Umstände wie den mangelnden Zugang zu einer formellen Beschäftigung, zum Gesundheits- und Bildungssystem in ihrer Selbstbestimmtheit eingeschränkt und werden aufgrund fehlender Handlungsmöglichkeiten immobilisiert.

Summary

About five million Venezuelans have left their home country in recent years and fled to surrounding states. These countries face institutional, social and economic challenges in view of this new form of mobility on the continent. Colombia is particularly affected by this development, being one of the countries that took in most Venezuelans with the number exceeding 1.8 million. In the past, Colombia had already experienced the mobilisation of its own population, especially in the form of internal displacement during the armed conflict. This article first addresses the question of what experiences have been made with mobility in Colombia in the past and how the Colombian government deals with Venezuelan refugees against this backdrop. Special attention will be paid to the introduction of special residence permits for Venezuelans and the rights and restrictions associated with them. In this context, it is striking that Colombia's migration policy – which is only consolidated to a limited degree – was not prepared for the massive entry of foreign citizens and could therefore only take short-term measures without considering the longer-term integration of Venezuelans. Finally, this article focuses on the types of accommodation for Venezuelan refugees in Colombia. Most of them live in precarious housing conditions in the Colombian-Venezuelan border area or on the outskirts of large cities. In this context, it is argued that the refugees in Colombia are not subject to any residence or movement restrictions and therefore have a high degree of spatial mobility. Nevertheless, they are limited in their self-determination by structural circumstances such as a lack of access to formal employment, to the health care and education system and are immobilised due to a lack of opportunities for action.

Einleitung

Bis März 2020 haben infolge der Zuspitzung der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Situation im Land rund fünf Millionen Menschen die Bolivarische Republik Venezuela verlassen (vgl. IOM 2020). Damit stellt diese Migrationsbewegung eine der derzeit größten weltweit dar. Für den lateinamerikanischen Kontinent handelt es sich sowohl zahlenmäßig als auch hinsichtlich des regionalen Fokus der Flucht um eine neue Form und Dimension der Mobilität. Die umliegenden Aufnahme- und Transitländer stehen aus diesem Grund vor nie dagewesenen Herausforderungen an Staat und Gesellschaft, denn sie sind es, die sowohl die grundlegenden Voraussetzungen zur Einhaltung der Rechte venezolanischer Geflüchteter schaffen als auch Bedingungen und Regelungen in Bezug auf ihre Einreise und Aufnahme festlegen.

Staaten versuchen, Einfluss auf die Mobilität von Menschen innerhalb und außerhalb ihres Territoriums zu nehmen. Dies betrifft insbesondere Menschen, die zwanghaft aus ihrer Heimat vertrieben wurden. Dabei kann der Staat, wie Cornelius und Rosenblum (2005: 112) anführen, zwar oftmals nicht über die genaue Anzahl der einreisenden Personen bestimmen, dennoch legt er die Bedingungen von Migration fest. Zudem bestimmt er über grundlegende Kategorisierungen von Personen als »Flüchtling« oder »Migrant*in« und legt mit ihnen verbundene Rechte und Pflichten fest. Auf diese Weise wird über die Aufenthaltserlaubnis oder -beschränkung erheblicher Einfluss auf die Mobilität von betroffenen Personen ausgeübt (vgl. FitzGerald/Arar 2018: 394; Glick Schiller/Salazar 2012: 14).

In Bezug auf venezolanische Geflüchtete zeichnen sich die lateinamerikanischen Staaten grundsätzlich durch eine große Solidarität und Aufnahmebereitschaft aus (vgl. Freier/Parent 2019: 57). Viele der Venezolaner*innen sind nach Peru, Brasilien oder Ecuador geflohen. Die Mehrheit jedoch begab sich in das direkte Nachbarland Kolumbien, dessen Regierung sich den venezolanischen Staatsbürger*innen gegenüber zumeist offen präsentierte – wie aus einem Statement des Präsidenten Iván Duque Márquez am 25. September 2018 hervorgeht:

»Aber wir werden sie [die Venezolaner*innen, Anm. d.Verf.] immer mit offenen Armen und offenen Türen empfangen, weil es nicht unsere moralische Pflicht ist, die Grenzen zu schließen, sondern es ihnen zu ermöglichen, dieser Tragödie zu entfliehen.«¹ (Presidencia de la República 2018)

Dabei befindet sich Kolumbien derzeit selbst in einer Phase der Transition, welche sich an die Unterzeichnung des historischen Friedensvertrags mit der größten Guerillagruppe FARC-EP im September 2016 anschließt.² Durch den Friedensvertrag wurde der mehr als 60 Jahre andauernde bewaffnete Konflikt offiziell beendet, der vor allem die Zivilgesellschaft andauernder Formen von Gewalt und interner Vertreibung ausgesetzt hatte. Die Geschichte Kolumbiens beinhaltet also verschiedene Erfahrungen mit Mobilität.

Vor diesem Hintergrund stellt der vorliegende Beitrag in einem ersten Schritt die Frage, welche Regelungen die kolumbianische Regierung auf Basis bereits gesammelter Erfahrungen mit Mobilität für venezolanische Geflüchtete getroffen hat und welche politischen Maßnahmen sie zur Aufnahme und Unterbringung dieser ergriffen hat. In einem zweiten Schritt soll beantwortet werden, wie sich diese Regelungen und Maßnahmen auf die Mobilität venezolanischer Geflüchteter in

1 Diese und alle folgenden Übersetzungen sind von der Verfasserin. Der Originaltext lautet: »Pero nosotros siempre vamos a estar con los brazos abiertos, con las puertas abiertas para acogerlos, porque nuestro deber moral no es cerrar las fronteras sino permitirles a ellos salir de esa tragedia.«

2 Siehe dazu auch den Beitrag von Anna-Lena Dießelmann und Andreas Hetzer in diesem Band.

Kolumbien auswirkt. Ziel ist es aufzuzeigen, in welchem Umfang der kolumbianische Staat venezolanische Geflüchtete in ihrer Mobilität bestärkt oder einschränkt. Diesbezüglich wird argumentiert, dass in Kolumbien zwar keine restriktiven Politiken in Bezug auf Unterbringung und Wohnort von Venezolaner*innen vorliegen, dass diese jedoch durch strukturelle Gegebenheiten in ihrer Selbstbestimmung eingeschränkt werden. Diese These wird anhand von Interviews diskutiert, die im Januar 2020 mit Venezolaner*innen in Bogotá geführt wurden.³

Erfahrungen mit Mobilität in Kolumbien: Die Desplazados und die Fokussierung der Migrationspolitik auf eigene Bevölkerungsgruppen

Die zeitlich wohl am weitesten zurückreichende und zahlenmäßig größte Erfahrung mit Mobilität stellt im kolumbianischen Kontext die der internen Vertriebenen, der sogenannten *Desplazados* dar. So mussten bereits während der *Gran Violencia* der 1940er und 1950er Jahre zahlreiche Kolumbianer*innen in andere Regionen des Landes fliehen (vgl. Juliao 2011: 5). Heute zählt Kolumbien mit mehr als sieben Millionen Binnenvertriebenen als das Land, in welchem noch vor Syrien die meisten Menschen ihren Heimatort verlassen und innerhalb der Landesgrenzen ein neues Zuhause finden mussten (vgl. UNHCR 2019b: 35). Am stärksten betroffen sind nach wie vor die ländlichen Regionen, in denen in der Vergangenheit schon ganze Dörfer zur Umsiedlung gezwungen wurden. Insbesondere auch indigene und afrokolumbianische Bevölkerungsgruppen leiden unter dieser Form von Gewalt (vgl. Curcio et al. 2019: 61). Viele der Binnenvertriebenen ziehen in umliegende Gebiete oder in die größeren Städte, in welchen in den letzten Jahren Formen der innerstädtischen Vertreibung eine immer größere Rolle spielen (vgl. CNMH 2015: 229f.; Ocampo et al. 2015: 161).

Die Gründe für diese massive Form der Mobilisierung von Menschen liegen im bewaffneten Konflikt zwischen staatlichen Kräften, Guerillas und Paramilitärs, welcher das Land seit den 1960er Jahren überschattete. Die aus dem Konflikt resultierende Gewalt, beispielsweise in Form von Landraub, Massakern, Entführungen und Zwangsrekrutierungen, richtete sich überwiegend gegen die Zivilgesellschaft. In den 1980er und 1990er Jahren stieg die Anzahl der Vertriebenen aufgrund des wachsenden Drogenhandels und der Formierung des Paramilitarismus stark an (vgl. CNMH 2015: 62ff.).

3 Der Feldzugang erfolgte über eine Anfrage in der Facebook-Gruppe »Venezolanos en Bogotá« mit mehr als 15.000 Mitgliedern. Aus den zahlreichen Interessenten wurden Personen mit möglichst unterschiedlichen Charakteristika in Bezug auf Alter, Geschlecht, Familienverhältnisse und Aufenthaltsstatus ausgewählt. Vier Interviews kamen zustande, von denen drei für den Beitrag ausgewählt wurden. Die Interviews wurden auf Spanisch geführt und transkribiert, ausgewählte Zitate wurden für diesen Beitrag ins Deutsche übersetzt.

Obwohl ein großer Teil der Bevölkerung während des bewaffneten Konflikts von Zwangsmigration betroffen war, wurde diese Form der Gewalt von der Politik lange Zeit ignoriert. Louis (2018: 63) argumentiert, dass interne Vertriebene lange nicht als Opfer des Konflikts wahrgenommen wurden, sondern vielmehr als Teil der allgemeinen Binnenmigration. Aus diesem Grund wurde erst im Jahr 1997 die Existenz der *Desplazados* im Kontext des bewaffneten Konflikts gesetzlich anerkannt und Institutionen zum Schutz dieses Teils der Bevölkerung geschaffen – zum Beispiel das Nationale System zur Betreuung intern Vertriebener (*Sistema Nacional de Atención Integral a la Población Desplazada por la Violencia*, SNAIPD) (vgl. Juliao 2011: 7). Dennoch führten die neuen Gesetze der 1990er Jahre nicht zu einer generellen Entspannung der Situation. Im Gegenteil erreichte die Zahl der Betroffenen erst zur Jahrtausendwende ihren Höhepunkt. So wurden allein im Jahr 2002 mehr als 680.000 Personen intern vertrieben (vgl. CNMH 2015: 94, 101; Ibañez/Moya 2007: 10). Zum Wendepunkt kam es erst im Jahr 2005, als mit dem Gesetz für Gerechtigkeit und Frieden (*Ley de Justicia y Paz*, Nr. 975) das Recht der Opfer des Konflikts auf Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung durch den Staat festgeschrieben wurde. Weiter gestärkt wurden diese Rechte durch das im Jahr 2011 verabschiedete Gesetz für Opfer und Landrückgabe (*Ley de Víctimas y Restitución de Tierras*, Nr. 1448) (vgl. Louis 2018: 66). Trotz des Friedensabkommens im Jahr 2016 hält die interne Vertreibung in ländlichen Regionen, wenngleich die Zahlen rückläufig sind, weiter an (vgl. Hernández 2017: 17).

Aufgrund des bewaffneten Konflikts und der daraus resultierenden wirtschaftlichen und politischen Instabilität flohen neben den Vertriebenen innerhalb Kolumbiens auch zahlreiche Kolumbianer*innen ins Ausland, insbesondere in das Nachbarland Venezuela. In den 1950er und 1960er Jahren war Venezuela aufgrund der steigenden Erdölpreise und der daraus resultierenden Nachfrage nach Arbeitskräften vielfach Ziel kolumbianischer Migrant*innen. Mit der Zuspitzung des internen Konflikts in Kolumbien wandelte sich die wirtschaftlich motivierte Migration in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zunehmend in eine Fluchtmigration (vgl. Álvarez de Flores 2009: 51; 2004: 192).

Der kolumbianische Staat und die Zivilgesellschaft verfügen also über Erfahrungen mit Auswanderung und Binnenmigration, kaum jedoch über Erfahrungen mit Einwanderung. Dies spiegelt sich auch in den Migrationspolitiken des Landes wider. Obwohl sich bereits in den 1990er Jahren erste Initiativen mit der Steuerung von Immigration beschäftigten, lag hier der Fokus auf der wirtschaftlichen Entwicklung, indem vor allem Hochqualifizierten die Einwanderung ermöglicht wurde (vgl. Castro 2016: 3ff.). Erst 2009 wurde durch ein Dokument des Nationalen Rates für Wirtschafts- und Sozialpolitik (*Consejo Nacional de Política Económica y Social*, CONPES, Nr. 3603) die sogenannte »umfassende Migrationspolitik« (*Política Migratoria Integral*, PIM) entworfen, welche vorherige politische und rechtliche Bemühungen bündelte und in einen gemeinsamen Rahmen überführte (vgl. Bonil

2019; Palacios et al. 2019). Zudem wurde im Jahr 2011 mit dem Nationalen System für Migration (*Sistema Nacional de Migraciones*, Gesetz Nr. 1465) eine Plattform zur Koordinierung, Umsetzung und Evaluation der Migrationspolitik geschaffen und im Jahr 2012 die kolumbianische Immigrationsbehörde (*Migración Colombia*) gegründet (vgl. Ramos et al. 2019: 14f.).

Trotz jüngerer Bemühungen, die kolumbianische Migrationspolitik einheitlicher und umfassender zu gestalten, fokussiert diese weiterhin die selektive Immigration von Fachkräften und stellt nur wenige Regelungen zum Umgang mit Fluchtbewegungen bereit. Zudem legt sie einen starken Fokus auf die Betreuung von Kolumbianer*innen im Ausland und vernachlässigt ausländische Migrant*innen im Inland. Insbesondere der Schutz von Rechten und die Befriedigung der Bedürfnisse von Migrant*innen in Bezug auf Versorgung und gesellschaftliche Teilhabe werden vom kolumbianischen Staat nach wie vor außer Acht gelassen (vgl. Bonil 2019: 94ff.). Die kolumbianische Migrationspolitik ist folglich noch immer als lückenhaft und wenig kohärent einzustufen. Durch ihre reaktive Ausrichtung hat sie sich lange Zeit nur an bestehende Phänomene angepasst, ohne Instrumente zu entwickeln, die das Potential hätten, mit größeren Immigrationsbewegungen unter Beachtung der Menschenrechte von Migrant*innen umzugehen (vgl. ebd.: 102).

Gründe für die Flucht und Charakteristika venezolanischer Geflüchteter in Kolumbien

Mobilitäten haben sich in Kolumbien in den letzten Jahren grundlegend verändert. Zum einen sehen weniger Kolumbianer*innen aufgrund des Friedensabkommens die Notwendigkeit, ihre Heimat zu verlassen. Zum anderen begeben sich immer mehr venezolanische Staatsbürger*innen nach Kolumbien; bis Ende Februar 2020 waren es mehr als 1.8 Millionen (vgl. R4V 2020).

Die Gründe für die große Anzahl venezolanischer Geflüchteter in Kolumbien liegen zum einen in der durch den ehemaligen Präsidenten Hugo Chávez gegen Ende der 1990er Jahre eingeleiteten sozialistischen Umstrukturierung Venezuelas nach der Idee der bolivarianischen Revolution. In diesem Zusammenhang verließen nach der Jahrtausendwende zunächst wohlhabende Venezolaner*innen das Land und migrierten in die USA und nach Europa. Nach massiven Entlassungen von Mitarbeiter*innen des staatlichen Erdölkonzerns und der Wiederwahl von Chávez im Jahr 2006 kam es zudem zur Auswanderung von Fachkräften und Akademiker*innen ins lateinamerikanische Ausland (vgl. FIP 2018: 4-6; Ramos et al. 2018: 10; Mijares 2014: 2). Zuletzt hat sich die politische, soziale und wirtschaftliche Situation im Land nach dem Tod von Chávez im März 2013 und der Ernennung von Nicolás Maduro zum Präsidenten weiter drastisch verschlechtert. Das Land fiel in

eine tiefe politische Krise, die ihren Höhepunkt am 23. Januar 2019 erreichte, als sich der Vorsitzende der von der Opposition dominierten Nationalversammlung Juan Guaidó als Interimspräsident erklärte (vgl. Zilla 2019: 1, 5; Mijares/Rojas 2018).

Aufgrund der zunehmenden Autokratisierung des politischen Systems und der Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation im Land gingen immer wieder Teile der Bevölkerung auf die Straße. Die Regierung ging dabei höchst repressiv gegen die Demonstrierenden vor. Nicht zuletzt die grassierende Korruption im politischen System Venezuelas und die mangelnde Strafverfolgung gegen kriminelle Organisationen führten außerdem dazu, dass Venezuela heute als eines der gewaltsamsten Länder der Welt gilt (vgl. Huang/Gough 2018; IACHR 2017: 21). Auch wirtschaftlich ist Venezuela seit dem Absturz des Erdölpreises im Jahr 2014 stark angeschlagen, was auch auf die geringe Diversifizierung der venezolanischen Wirtschaft und die Konzentration der Produktion auf die Erdölförderung zurückgeführt werden kann. Im Jahr 2018 verzeichnete das Land eine Inflationsrate von 1.000.000 Prozent (vgl. Ramos et al. 2019: 10; Otero 2014: 7). Infolge dessen ist die Armutsrate innerhalb der Bevölkerung stark angestiegen. Viele Menschen können sich die ohnehin schon knappen Lebensmittel nicht mehr leisten und auch die medizinische Versorgung ist nicht gewährleistet (vgl. Rendon/Schneider 2018: 2; Ramsey/Sánchez 2018: 4). Diese Entwicklungen haben seit 2014 insbesondere die noch im Land verbliebenen ärmeren Bevölkerungsteile getroffen. Als Konsequenz haben tausende Venezolaner*innen ihr Eigentum verkauft und sind über den Landweg in die umliegenden Staaten geflohen (vgl. Freier/Parent 2019: 56).

Die Migration von Venezolaner*innen nach Kolumbien ist von unterschiedlichen Formen und Motiven gekennzeichnet (vgl. Mazuera et al. 2019: 17ff.). Neben Personen, die dauerhaft in Kolumbien bleiben möchten, überqueren zahlreiche Venezolaner*innen nur kurzfristig die Grenze. Einige beschaffen sich im Nachbarland Lebensmittel und andere Güter und kehren umgehend nach Venezuela zurück, andere nutzen Kolumbien als Transitland auf dem Weg in andere lateinamerikanische Staaten. Eine weitere Gruppe sind sogenannte Rückkehrer*innen, d.h. Kolumbianer*innen, die nach Venezuela ausgewandert waren und nun zurückkehren (vgl. CODHES 2018: 6; CONPES 2018: 31ff.).

Die meisten Venezolaner*innen reisen über die nördlichen Grenzregionen, etwa Norte de Santander, Arauca oder La Guajira ein. Dabei erlangte vor allem die Grenzstadt Cúcuta besondere Relevanz, weil sich dort die Auseinandersetzung um den Zugang von Hilfsgütern nach Venezuela im Jahr 2019 zuspitzte (vgl. Ramos et al. 2019: 10; Zilla 2019: 5). Nach Übertritt verbleiben die Geflüchteten mehrheitlich in den Grenzregionen oder begeben sich in die großen Städte. So befinden sich rund 40 Prozent aller venezolanischen Migrant*innen in Bogotá, Cúcuta, Barranquilla, Medellín und Cali (vgl. Migración Colombia 2020).

Regelungen zur Aufnahme venezolanischer Geflüchteter: Eine Notlösung?

Als Reaktion auf die große Zahl venezolanischer Geflüchteter hat sich zwar der grundlegende Fokus der kolumbianischen Migrationspolitik auf eigene Bevölkerungsgruppen im Ausland nicht verändert, jedoch musste die kolumbianische Regierung neue Instrumente zur Bewältigung der gestiegenen Anforderungen an die kolumbianischen Institutionen entwickeln (vgl. Bonil 2019: 101ff.). Bestimmend für den Umgang mit den venezolanischen Geflüchteten waren dabei immer wieder die Beziehungen zur venezolanischen Regierung. Juan Manuel Santos, in dessen Staatspräsidentschaft (2010-2018) die ersten massiven Einreisebewegungen fielen, hatte sich zunächst aufgrund des Beobachterstatus von Venezuela während der Friedensverhandlungen an die venezolanische Regierung angenähert. Erst nach Unterzeichnung des Friedensabkommens und der Zuspitzung der politischen Situation im Nachbarland positionierte sich Santos kritisch gegenüber Maduro. Diese Position wurde von seinem Nachfolger Iván Duque Márquez, seit August 2018 im Amt, übernommen und intensiviert (vgl. Márquez 2019: 494-498).

Erste Maßnahmen ergriff die kolumbianische Regierung im August 2016, als sich ein starker Anstieg der venezolanischen Migration an der Grenze abzeichnete. Dabei wurden Venezolaner*innen von der Regierung von Beginn an grundsätzlich nicht als Flüchtlinge nach der Genfer Flüchtlingskonvention eingestuft, sondern als Migrant*innen. Auch die weiter gefasste Definition der Erklärung von Cartagena aus dem Jahr 1984, welche auch humanitäre Fluchtgründe beinhaltet, findet in Kolumbien trotz der Überführung dieser Definition in nationales Recht keine Anwendung (vgl. HRW 2018: 3, 9). Dementsprechend wurde in den letzten Jahren nur sehr wenigen Venezolaner*innen der Asylstatus zugesprochen und die kolumbianische Regierung entwickelte andere Maßnahmen, um den Geflüchteten einen legalen Aufenthalt zu ermöglichen (vgl. CNR 2019: 14). So führte sie die Grenzmobilitätskarte (*Tarjeta de Movilidad Fronteriza*, TMF) ein, welche sich an die im unmittelbaren Grenzbereich lebenden Pendler*innen richtet und einen regulären Aufenthalt im Staatsgebiet für sieben Tage ermöglicht. Im Februar 2018 wurde die Vergabe der Karte jedoch frühzeitig wieder eingestellt (vgl. Bonil 2019: 105).

Das wohl wichtigste Instrument zur Regularisierung venezolanischer Staatsbürger*innen schuf die Regierung im Juli 2017 mit der Einführung der Speziellen Erlaubnis zum Aufenthalt (*Permiso Especial de Permanencia*, PEP). Zugang zu dieser Aufenthaltserlaubnis erhalten Venezolaner*innen, die mit einem Pass regulär in das Land eingereist sind und über keine Vorstrafen oder eine Abschiebeanordnung verfügen. Die PEP besitzt eine Gültigkeit von zwei Jahren und befähigt dazu, in Kolumbien einer Beschäftigung nachzugehen und Leistungen des Gesundheits- und Bildungssystems in Anspruch zu nehmen (vgl. FIP 2018: 27; Weltbank 2018: 18). Dabei war die Vergabe der Erlaubnis bisher an bestimmte Zeiträume in verschie-

denen Monaten in den Jahren 2017 bis 2020 gebunden⁴ (vgl. El Espectador 2020; Rodríguez/Ramos 2019: 569).

Weitere Maßnahmen umfassten zudem die Etablierung der Speziellen Gruppe für Migration (*Grupo Especial Migratorio*, GEM), welche verschiedene mit Migration befasste Institutionen, wie die Immigrationsbehörde, die nationale Polizei oder den Zoll, zur Verbesserung der staatlichen Koordination zusammenschließt (vgl. FIP 2018: 27). Zudem wurde mit dem Verwaltungsregister der venezolanischen Migrant*innen in Kolumbien (*Registro Administrativo de Venezolanos en Colombia*, RAMV) ein Instrument geschaffen, welches mehr Informationen über Umfang und Charakteristika der venezolanischen Migration erheben soll. Auch ein Strategiepapier (CONPES, Nr. 3950), welches die wichtigsten Bedürfnisse von Venezolaner*innen zusammenfasst und Handlungsempfehlungen formuliert, wurde als Basis für zukünftige Maßnahmen entwickelt (vgl. Palacios et al. 2019; Ramos et al. 2019: 10; CONPES 2018).

Trotz der Initiativen zur Regularisierung venezolanischer Geflüchteter und zur staatlichen Koordination ist der gesetzliche Rahmen zur Aufnahme der Geflüchteten vergleichsweise gering ausgeprägt. So konnten zwar zahlreiche Menschen mit Hilfe von PEP und TMF in die Legalität überführt werden, dennoch befinden sich von den mehr als 1.8 Millionen Venezolaner*innen rund eine Millionen Menschen noch immer irregulär, d.h. ohne gültigen Aufenthaltstitel im Land (vgl. R4V 2020). Dies liegt daran, dass viele Venezolaner*innen über keinen gültigen Pass verfügen, was in vielen Fällen darauf zurückzuführen ist, dass dieser nur schwer zu beschaffen ist. Ohne Pass ist der legale Zugang nach Kolumbien und somit der Erhalt eines Aufenthaltstitels erheblich erschwert (vgl. Ramos et al. 2019: 11; FIP 2018: 28). Zudem haben je nach Zeitpunkt der Vergabe verschiedene Aufenthaltstitel unterschiedliche Berechtigungen der Betroffenen in Bezug auf den Zugang zum Arbeitsmarkt und Sozialsystem zur Folge. In ihrer komplexen Unübersichtlichkeit haben die bislang geschaffenen Möglichkeiten der Regularisierung eher den Charakter von »Notpflastern«, die zumeist in Reaktion auf spontan aufkommende Herausforderungen entstanden sind. Die Etablierung eines gesetzlichen Rahmens, welcher auf die dauerhafte Integration venezolanischer Geflüchteter ausgerichtet ist, können sie nicht ersetzen (vgl. Bonil 2019: 102).

4 Diese umfassten August bis Oktober 2017, Februar bis Juni 2018, August bis Dezember 2018 und zuletzt auch Januar 2020.

Die Unterbringung venezolanischer Geflüchteter: Leben in prekären Verhältnissen

Viele venezolanische Geflüchtete sind mittellos und nach ihrer Ankunft im Aufnahmeland auf Unterstützungsleistungen – insbesondere Nahrungsmittel und medizinische Versorgung – angewiesen. Ebenso zentral ist die Frage der Unterbringung der Geflüchteten, die für ihre Gesundheit und Sicherheit essentiell ist (vgl. Maldonado et al. 2018: 94).

Eine Untersuchung der Weltbank (2018) hat festgestellt, dass zwar die Nachfrage nach temporären und dauerhaften Unterkünften in Kolumbien aufgrund venezolanischer Geflüchteter gestiegen ist, jedoch in den Gemeinden keine Pläne zur Erhöhung des Wohnraums vorliegen. Der Staat stellt grundsätzlich keine Wohnmöglichkeiten zur Verfügung: »In Bezug auf die Unterbringung erhalten weder kolumbianische Rückkehrer noch venezolanische Migranten finanzielle Unterstützung oder Hilfe in Form einer temporären Unterkunft durch die Regierung«⁵ (Weltbank 2018: 109). Gleichzeitig herrscht in Kolumbien ohnehin eine Wohnungsknappheit, die dazu führt, dass sich informelle Wohnsiedlungen bilden. Dies trifft auch auf die strukturschwachen Grenzregionen rund um Cúcuta, Maicao oder Puerto Santander zu, die nur über wenige Kapazitäten für die Aufnahme venezolanischer Geflüchteter verfügen (vgl. ebd.; CONPES 2018: 61).

Eine Studie des Norwegian Refugee Council, in welcher 1.473 Venezolaner*innen, davon 919 in Kolumbien, befragt wurden, fand heraus, dass 81 Prozent der Familien in einer selbstgemieteten Wohnung in urbanen Räumen untergebracht sind (vgl. CNR 2019: 19-23). Gerade in den großen Städten gibt es zwar mehr Aufnahmekapazitäten und Chancen auf eine Beschäftigung, jedoch siedeln sich hier viele Geflüchtete mangels Alternativen unter prekären Verhältnissen in öffentlichen Räumen oder in den Armutsgürteln der Stadt an (vgl. Weltbank 2018: 65, 109). Dies bestätigte sich auch in den eigens durchgeführten Interviews mit Venezolaner*innen in Bogotá. Paola⁶, 18 Jahre, reiste Anfang 2019 als Minderjährige allein nach Kolumbien und folgte damit ihrem Freund, der kolumbianische Wurzeln hat. Während sie zunächst eine TMF besaß, verfügte sie zum Zeitpunkt des Interviews über keine Aufenthaltserlaubnis: »Als wir in Medellín waren, lebten wir in Santo Domingo. Das ist ein Stadtteil weit oben, weit oben, weit oben.«⁷ (Interview mit Paola) Die Ansiedlung in informellen Wohngebieten ist auf die hohe Nachfrage an Wohnraum, mangelnde Einkünfte sowie auf Diskriminierung im

5 »Ni los ciudadanos colombianos retornados ni los migrantes venezolanos están recibiendo ayuda económica o de albergue temporal en materia de vivienda de parte del gobierno.«

6 Alle Namen wurden anonymisiert.

7 »Estando allá en Medellín, estuvimos en Santo Domingo. Esto es un barrio para arriba, para arriba, para arriba.«

regulären Wohnungsmarkt zurückzuführen. Daher sehen sich venezolanische Geflüchtete teilweise dazu gezwungen, tageweise Zimmer in illegalen Unterkünften, etwa in Hotels, die von Privatpersonen ohne Genehmigung betrieben werden oder in Wohnungen in Mehrfamilienhäusern, anzumieten. Diese sind sowohl in sanitärer Hinsicht als auch in Bezug auf Sicherheit und Privatsphäre oftmals nicht auf eine große Anzahl von Bewohner*innen und ihren dauerhaften Verbleib ausgelegt (vgl. CNR 2019: 19; CONPES 2018: 59):

»Weil wir dort, wo wir derzeit untergekommen sind in einem, in einem Zimmer leben, verstehst du, weil es verschiedene Arten von Räumen gibt. Aber da wir ein Paar sind, ist das nicht schlimm, verstehst du. Wofür bräuchten wir etwas größeres? Aber dann hat er seinen Sohn hergebracht. Deshalb sind wir zu dritt in einem Zimmer [...] er braucht seine Privatsphäre, verstehst du, wir auch.«⁸ (Interview mit Paola)

Häufig sind weder staatliche Akteur*innen noch zivilgesellschaftliche Organisationen die erste Anlaufstelle nach der Einreise, sondern Freunde, Familie oder sogar zufällige Bekanntschaften. Dies sind oftmals nur temporäre Lösungen, so auch bei Victor und Ana. Während sich Victor, 42 Jahre, seit Oktober 2019 in Kolumbien befindet und mit Hilfe des UNHCR einen Asylantrag gestellt hat, verfügt Ana, 50 Jahre und 2018 eingereist, über den PEP:

»Zu dieser Zeit, ich erinnere mich, dass es ein Freitag war, kaufte ich mein Ticket für mittags und kam her. Zufälligerweise traf ich einen jungen Mann, einen kolumbianisch-venezolanischen Jungen, seine Eltern sind Kolumbianer, hier in Bogotá geboren, aber sie sind nach Venezuela ausgewandert bis sie zurückkehrten. Sie kamen über Puerto Ordaz, Venezuela, seine Geschwister waren schon hier. Und [...] bei ihnen sind wir geblieben, als wir nach Bogotá gekommen sind. Ich bin bei ihnen geblieben, da ich keinen anderen Ort hatte, an den ich gehen konnte.«⁹ (Interview mit Victor)

-
- 8 »Porque ahí donde estamos, nos estamos viviendo en un, en un cuarto, me entiendes, porque hay diferentes tipos de habitaciones. Pero como somos una pareja, ósea que tanto, me entiendes. ¿Total, para qué necesitamos vainas así más grandes? Pero pues se trajo el hijo. Entonces los tres en una habitación [...] él necesita su privacidad, me entiendes, nosotros también.«
- 9 »En ese momento, un día viernes me recuerdo, compré pasaje para mediodía y me vine. Casualmente me conseguí a un joven, un muchacho colombo-venezolano, de los papas son colombianos nacidos aquí en Bogotá, pero se migraron a Venezuela hasta el momento que venía. Venía desde, ósea por Puerto Ordaz, Venezuela y los hermanos estaban aquí. Y [...] con ellos fue que cuando llegue acá a Bogotá nos quedamos. Me quedé con ellos porque no tenía que a donde llegar.«

»Nein, die Hilfe, die ich erhalten habe, habe ich erhalten, weil meine Tochter schon hier war. Also blieb ich bei ihr und so. Und sie half mir die ersten Tage, aber jetzt nicht mehr [...].«¹⁰ (Interview mit Ana)

Viele der Venezolaner*innen in Kolumbien leben in prekären Wohnverhältnissen. Oftmals leben mehrere Familien auf wenig Wohnraum zusammen, nach den Daten des Norwegian Refugee Council durchschnittlich acht Personen in einer Wohnung (vgl. CNR 2019: 23). Die generellen Wohnverhältnisse und die Lokalisierung in den ärmeren Stadtvierteln führen dazu, dass viele venezolanische Geflüchtete multiplen Sicherheitsrisiken ausgesetzt sind:

»Das Schwierigste, was passiert ist, war, dass sie dort, wo ich wohne, einen Jungen getötet haben. Sie haben einen Jungen getötet, einen kolumbianischen Jungen. Ein Venezolaner hat ihn getötet. [...] der Junge, den sie töteten, war der Sohn eines harten Mannes, ein harter Mann bedeutet jemand mit Macht, der in den Drogenhandel verwickelt ist und er, alle Venezolaner die in der Gegend waren, wurden verfolgt. Sie folgten uns. [...] ich weiß nicht mal, wer wen getötet hat oder wer das war, ich weiß es nicht. Ich weiß nicht, wer der eine ist, noch wer der andere ist. Aber sie haben angewiesen, alle, die in der Zone leben, zu verfolgen.«¹¹ (Interview mit Ana)

In Bezug auf ihre Wohnsituation in der Peripherie der Städte weisen die venezolanischen Geflüchteten eine große Ähnlichkeit mit den kolumbianischen *Desplazados* auf. Auch sie werden vor allem in die großen Städte vertrieben, siedeln sich insbesondere in den äußeren Stadtbezirken an und sind extremer Armut und Marginalisierung ausgesetzt. Aus diesem Grund haben sich in den betroffenen Zonen durch den Zuzug venezolanischer Geflüchteter neue Problematiken des Zusammenlebens und eine Konkurrenz um staatliche und nicht-staatliche Hilfen, Arbeit und Wohnraum entwickelt (vgl. Beltrán 2018; Pérez 2018: 153-158; Weltbank 2018: 89).

Doch nicht alle Venezolaner*innen sind in der Lage, eine bezahlbare Unterkunft zu finden. Ein erheblicher Teil – nach Angaben der Weltbank (2018: 60) rund 32 Prozent – lebt daher in öffentlichen Räumen wie Parks oder an großen Straßen und ist auf die Hilfe anderer Personen angewiesen:

10 »No, la ayuda que recibí, la ayuda que yo recibí, porque mi hija ya estaba aquí. Entonces me quedaba ahí y eso. Y me ayudaba pues los primeros días, pero ya no ya [...].«

11 »Lo más difícil que pasó fue que por donde yo vivo mataron un muchacho. Mataron un muchacho, como es, mataron un muchacho colombiano. Lo mató un venezolano. [...] el muchacho que mataron era hijo de un duro, un duro quiere decir un, alguien de poder que anda metido en el narco y él sí, a todos los venezolanos que estábamos por ahí nos perseguían. Nos seguían. [...] no sé ni quién lo mató ni quién lo fue, ni sé. Ni sé quién es uno, ni sé quién es el otro. Pero todos los que vivíamos ahí en la zona nos mandaron a seguir.«

»Als ich den Essensstand hatte, ein Junge [...] ich half ihm finanziell mit dem Wenigen, das ich verdiente [...]. Er musste, er hatte nicht genug, um seine Miete zu bezahlen, bis er seine Unterkunft räumen musste, da die Frau ihm sagte, dass er ausziehen muss. Und es hat ihn sehr hart getroffen. Dieses Kind hat es hart getroffen. [...]. Und ich musste seine Kleidung bei mir zuhause aufbewahren, dort wo ich zur Miete lebte, und ich musste [...] ihm helfen, finanziell. In dem Sinne, nicht so sehr finanziell, sondern mit Essen, er musste auf der Straße schlafen.«¹²
(Interview mit Ana)

Zudem haben sich in einigen Städten informelle Lager venezolanischer Geflüchteter gebildet. Zu diesen gehören zum Beispiel temporär angelegte Ansiedlungen auf einem Sportplatz in Cúcuta oder ein Zeltlager auf dem Plaza de Bolívar in Bucaramanga, aber auch längerfristige Unterkunftsformen wie eine Blechhaussiedlung, genannt »Villa Caracas«, in Barranquilla. Auch in Bogotá formierte sich im Jahr 2017 ein informelles Lager rund um den Busbahnhof, welches jedoch im November 2018 durch die staatlichen Autoritäten aufgelöst und in einen anderen Stadtteil verlegt wurde (vgl. Bonil 2019: 109; Deutsche Welle 2018). Neben diesen informellen Lagern bemühen sich verschiedene nationale und internationale Akteur*innen wie die katholische Kirche, das Rote Kreuz oder der UNHCR um den Aufbau temporärer Aufnahmemöglichkeiten in den Grenzgebieten. Solche sogenannten Assistenzzentren gibt es beispielsweise in Maicao und in Cúcuta, diese sind jedoch nur auf die Aufnahme von Geflüchteten für wenige Tage ausgelegt (vgl. UNHCR 2019a; El Tiempo 2018).

Zwischen Mobilität und Immobilität: Räumliche Bewegungsfreiheit und strukturelle Einschränkung

Der kolumbianische Staat war in der Vergangenheit durch die hohe Anzahl intern vertriebener *Desplazados* und die zahlreichen Kolumbianer*innen, welche ins Ausland abwanderten, dazu gezwungen, sich mit diesen Formen von Mobilität zu beschäftigen. Die genannten Personengruppen weisen jedoch als kolumbianische Staatsbürger*innen eine andere rechtliche Basis als ausländische Migrant*innen auf. Somit beinhalten die als Reaktion auf die beschriebenen Phänomene entstandenen Migrationspolitiken des Landes nur wenige Regulierungen für den Fall einer

12 »Cuando yo tenía el puesto de comida rápida, un muchacho [...], yo le ayudaba económicamente con lo poco que yo hacía [...]. Tuvo que, no le quedaba para pagarle arriendo hasta que tuvo que desalojar el arriendo porque la señora le dijo que se desocupaba pues porque no. Y le tocó muy duro. Ese niño le tocó duro. [...] Y yo le tuve que guardar la ropa en mi casa, donde yo vivía arrendando en ese tiempo y tuve que [...] ayudarlo pues, económicamente. En el sentido, no tanto económicamente, sino con la comida, le tocó dormir en la calle.«

massiven Zuwanderung aus dem Ausland. Dies trifft auch auf die Bedingungen von Aufnahme und Unterkunft venezolanischer Geflüchteter zu. In Bezug auf ihre Wohnsituation hat dies zur Folge, dass venezolanische Geflüchtete – sowohl mit regulärem als auch mit irregulärem Aufenthalt – selbst für die Art und Weise ihrer Unterbringung verantwortlich sind, was ihnen eine große Freiheit in Bezug auf die Wahl des Aufenthaltsortes einräumt:

»Nun, als ich den Meta [Verwaltungsbezirk im Zentrum Kolumbiens, Anm. d.Verf.] verließ, ging mein Freund nach Bogotá und ich ging nach Bucaramanga, verstehst du. Weil wir dort im Meta schlecht verdienten, verstehst du, uns ging es schlecht und ich musste einige schlechte Arbeiten machen, Saft, Empanadas und solche Dinge verkaufen. Aber es lief nicht gut für uns, was soll ich sagen, das dort ist auf dem Land und sie brauchen nicht viele Menschen dort, wo wir waren. Und er ist hierhergekommen und fand danach eine Arbeit. Ich war dort und habe keine Arbeit gefunden. Dort in Bucaramanga ist es sehr schwer mit der Arbeit, vor allem mit den Venezolanern. Also brachte er mich her und ich kam wieder hierher. Weil wir dort hingingen, wo der erste von uns Arbeit findet, verstehst du.«¹³ (Interview mit Paola)

Venezolanischen Geflüchteten wird durch das Erlangen eines Aufenthaltstitels wie der PEP eine Arbeitserlaubnis erteilt, was sie dazu befähigen soll, selbst für ihren Unterhalt aufzukommen. Wie auch in der Aussage von Paola deutlich wird, wird das Problem jedoch grundsätzlich nur verlagert: Während die venezolanischen Geflüchteten zwar nicht gesetzlich darin eingeschränkt sind, wo sie sich aufhalten und wie sie leben, wird die Arbeit und ihre Entlohnung zum bestimmenden Faktor. Gerade die Suche nach einer formellen Beschäftigung stellt sich häufig als äußerst schwierig dar:

»Ja, aber hier gibt es, hier einen sicheren Arbeitsplatz zu finden mit allen Vorzügen ist ziemlich schwierig. Es ist nicht leicht. Es ist nicht leicht, weil, erinnere dich, weil schon die Kolumbianer diese Art von Arbeit nicht bekommen, wenn sie nicht eine bestimmte Anzahl von Erfahrungen haben, bestimmte Jahre, Anzahl

13 »Bueno, primero cuando yo salí del Meta, mi marido cogió para ir para Bogotá, y yo cogí para ir para Bucaramanga, entiendes. Porque ahí en el Meta estábamos ganando mal, entiendes, estábamos mal que me tocaban unos trabajos malos, vendiendo jugo, empanadas, y cosas así. Pero no nos iba muy bien, que se diga entonces, como te digo esto allá es campo y no necesitaban mucha gente por donde nosotros estábamos. Y él se vino por acá y después encontró un trabajo. Yo estaba allá y no encontré ningún trabajo. Allá en Bucaramanga la cosa es demasiado pesado con los trabajos, más con los venezolanos pues. Entonces él me trajo para acá y vine para acá otra vez. Porque era donde el que encontraba primero trabajo pues, me entiendes.«

von Jahren an Erfahrung. Hier gibt es viel Arbeit, aber viel informelle Arbeit.«¹⁴ (Interview mit Victor)

»Nein, eine würdevolle Arbeit, bei der du alle Vorzüge genießen kannst, nein. Nein, es ist sehr schwer, sehr schwer. Ich habe nur Schichten in Restaurants gearbeitet, welche mich heute oder morgen anrufen, was weiß ich. Abgesehen davon, ich habe zumindest eine Schicht in einem Restaurant gearbeitet, ich habe das für eine Woche gemacht und sie haben mir einen Teil nicht bezahlt.«¹⁵ (Interview mit Ana)

Die mehrheitlich irregulär eingereisten Venezolaner*innen, aber auch jene, die mit regulären Aufenthaltstiteln in Kolumbien sind, gehen mangels Alternativen häufig informellen Beschäftigungen nach. In diesen sind sie schlechten Arbeitsbedingungen und Ausbeutung ausgesetzt. So verdienen mehr als 70 Prozent der Haushalte von Migrant*innen, die sich in den letzten zwei Jahren in Kolumbien niedergelassen haben, weniger als den Mindestlohn. Gleichzeitig erhalten Venezolaner*innen, die informellen Tätigkeiten nachgehen, nur einen stark eingeschränkten oder gar keinen Zugang zum Gesundheits- und Sozialsystem (vgl. CNR 2019: 33; CONPES 2018: 62).

Die genannten Faktoren führen dazu, dass venezolanische Geflüchtete in Kolumbien nur über einen beschränkten Zugang zu grundlegenden Rechten wie Wohnraum, Gesundheit oder Bildung verfügen. Dies ist in großen Teilen auf die mangelnde Überführung der Geflüchteten in reguläre Aufenthaltsformen, die fehlende Bereitstellung von Hilfen in Bezug auf angemessenen Wohnraum und formelle Arbeit sowie fehlende Initiativen zur Unterstützung bei der Integration in die kolumbianische Gesellschaft zurückzuführen. Hierdurch werden Arbeitslosigkeit, Informalität, Ausbeutung und die Diskriminierung und Stigmatisierung der Geflüchteten gefördert (vgl. Ramos et al. 2019: 14). Wenngleich es also keine Regulierungen des kolumbianischen Staates in Bezug auf die Einschränkung des Aufenthaltsortes venezolanischer Geflüchteter oder ihre Unterbringung in Lagerstrukturen, wie dies in vielen europäischen Ländern der Fall ist (vgl. z.B.

14 »Sí, pero, aquí, hay como, aquí conseguir un trabajo estable con todos los beneficios es bastante difícil. No es fácil. No es fácil porque recuerda que, ya es porque los colombianos no, no obtienen ese tipo de empleos si no tienen cierta cantidad de experiencias, ciertos años, cantidad de años de experiencia. Aquí hay empleo. Aquí hay mucho empleo, pero mucho empleo informal.«

15 »No, trabajo digno que donde tú goces de todos los beneficios no. No, es muy difícil, muy difícil. Yo solo he trabajado por turnos en restaurantes, que me llaman hoy, me llaman mañana, que sé yo. Entonces aparte de eso, por lo menos yo hice un turno en un restaurante, ya lo hice por una semana y quedaron de pagarme una cosa y me salieron con otra.«

Kreichauf 2018), gibt, so nehmen viele Venezolaner*innen ihre Situation dennoch als alternativlos wahr:

»Ja, ja, [Hilfe von] Freunden und Familie. Aber vom Staat, von der Regierung als solche nicht. Und es gibt viel Fremdenfeindlichkeit, weißt du. Zu viel. Zu viel. [...] Ich bekomme nicht mal Arbeit, weil ich nichts mehr bekomme, weil sie keine Venezolaner nehmen. Ich habe sogar darüber nachgedacht zurückzugehen. Ich habe daran gedacht zurückzugehen, weil wenn es mir hier schlecht geht, dann geht es mir doch besser in meinem eigenen Land schlecht. Ich sage [...], man ist wie zwischen zwei Wänden. Weil wenn ich gehe, ist es schlimmer, wenn ich bleibe, naja, dann muss ich es aushalten.«¹⁶ (Interview mit Ana)

Die häufig unerfüllten Erwartungen der Geflüchteten an die Lebensumstände in Kolumbien und die Rolle des kolumbianischen Staates werden zudem durch das vom sozialistischen System geprägte Leben in Venezuela beeinflusst:

»Ich sagte: ›Nein, ich muss arbeiten, ich muss Geld verdienen‹. Und ich sagte: ›Etwas Geld und in ungefähr drei Monaten gehe ich‹. Aber nein, es ist nicht so einfach. Es ist nicht einfach zu sparen. Man hat nicht so viel Geld, weil man die Miete bezahlen muss. Man muss verstehen, dass es nicht so ist wie in Venezuela.«¹⁷ (Interview mit Paola)

Auch in Kolumbien befinden sich Geflüchtete daher in einer, wie Turner (2015: 142) in Bezug auf das Lager beschreibt, paradoxen Situation zwischen dem Unterwegs-Sein und der Unmöglichkeit unterwegs zu sein. Wenngleich die venezolanischen Geflüchteten nicht durch Wohnsitzauflagen oder andere Aufenthaltsbeschränkungen in ihrer Mobilität innerhalb Kolumbiens eingeschränkt werden, so wirkt sich die kolumbianische Migrationspolitik in ähnlicher Weise auf die Selbstbestimmtheit der Geflüchteten aus. Diese sieht zwar den Zugang von venezolanischen Geflüchteten zum kolumbianischen Staatsgebiet vor, ermöglicht gleichzeitig jedoch nur wenige Möglichkeiten zur Integration in die Gesellschaft und bestärkt indirekte Einschränkungen.

16 »Sí, sí, [ayuda de] amigos y familiares. Pero así del Estado, del gobierno como tal no. Y hay mucha xenofobia, sabes. Demasiada. Demasiada. [...] Ya ni consigo trabajo, porque ya no consigo nada porque no aceptan los venezolanos. He pensado hasta regresarme. He pensado hasta regresarme porque si la estoy pasando mal aquí, mejor la paso mal en mi país. Digo yo. [...] ósea uno está como que entre la pared y la pared. Porque si me voy es peor, si me quedo, bueno, tengo que aguantar.«

17 »Bueno, lo que, como viste, la idea con la que me vine fue trabajar. Yo dije: ›No, tengo que trabajar. Hacer la plata‹. Y yo dije: ›Trabajo, hago la plata y en unos tres meses me voy‹. Pero no, no es fácil. No es fácil ahorrar. Uno no tiene tanta plata porque uno tiene que pagar el arriendo. Uno tiene que entender que no es como Venezuela.«

Schlussbetrachtung

Menschen, die aus ihren Heimatländern vertrieben werden, sind auf die Aufnahmebereitschaft anderer Staaten angewiesen. Dabei sind es die Migrations- und Asylpolitiken dieser Staaten, die darüber bestimmen, wie die Aufnahme und Unterbringung konkret aussieht. So werden die Geflüchteten bei der Unterbringung in Lagern in einigen Teilen der Welt erheblich in ihrer Mobilität begrenzt. Dabei kann das Beispiel geflüchteter Venezolaner*innen in Kolumbien wichtige Hinweise darauf geben, dass eine Einschränkung von Mobilität nicht immer in Form von Lagerstrukturen oder Wohnsitzauflagen vorliegen muss, sondern durch andere Gegebenheiten, die nicht direkt mit dem Themenbereich der Unterbringung verbunden sind, verursacht werden kann. Hierzu zählt in Kolumbien vor allem der mangelnde Zugang zu einer formellen Beschäftigung, welcher aufgrund fehlender finanzieller Unterstützung entscheidend für die Sicherung des Lebensunterhalts und somit einer der wichtigsten Faktoren für den Aufenthaltsort und die Wohnsituation ist. Dabei ist der Zugang zu Arbeit sowohl für Venezolaner*innen mit regulärem Aufenthaltsstatus als auch für jene ohne Aufenthaltstitel eingeschränkt. Erschwerend wirkt, dass Venezolaner*innen trotz der nicht vorhandenen Sprachbarriere gerade in den Bereichen Arbeit und Unterbringung häufig Diskriminierung und Stigmatisierungen ausgesetzt sind.

Zurückzuführen sind diese Hindernisse zum einen auf strukturelle Gegebenheiten in Kolumbien, wie zum Beispiel die ungleiche Ressourcenverteilung, der unterschiedliche Zugang zu Bildung, Arbeit und Gesundheit und die mangelnde politische Teilhabe, wobei diese Einschränkungen Armut, Ungleichheit und die Marginalisierung einiger Bevölkerungsteile zur Folge haben. Zum anderen war die kolumbianische Migrationspolitik kaum auf die hohe Anzahl venezolanischer Geflüchteter vorbereitet und die Regierung erwies sich – insbesondere vor dem Hintergrund der komplexen Situation im Land nach dem Friedensabkommen – als überfordert. Denn trotz des Friedensschlusses sind auch zahlreiche Kolumbianer*innen noch immer Gewalt und Armut ausgesetzt. Zwar hat das Land bereits Erfahrungen mit der großflächigen Mobilisierung eigener Bevölkerungsteile im Rahmen des bewaffneten Konflikts gemacht, jedoch wurde mit Blick auf die migrationspolitischen Entscheidungen der jüngsten Vergangenheit offenbar kaum aus vergangenen Erfahrungen gelernt, sodass sich viele Venezolaner*innen in einer ähnlich prekären Situation wie die *Desplazados* befinden. Betroffene Maßnahmen zur Aufnahme und Unterbringung, wie beispielsweise die Einführung von PEP und TME, ermöglichten den Geflüchteten teilweise einen regulären Aufenthalt, waren allerdings nicht darauf ausgerichtet, bestehenden strukturellen Einschränkungen dauerhaft bzw. nachhaltig entgegenzuwirken. Somit sind venezolanische Geflüchtete nach ihrer Ankunft in Kolumbien weitestgehend auf sich selbst gestellt. Sie sind durch den verwehrten Zugang zu regulärer Arbeit und die fehlen-

de Grundsicherung in sozialer Hinsicht immobilisiert, wenngleich sie sich räumlich frei bewegen können. Dies wird insbesondere auch in der derzeitigen Coronapandemie deutlich: Zahlreiche Venezolaner*innen begeben sich aufgrund der drastischen Verschlechterung ihrer Lebenssituation in Kolumbien zu Fuß auf den Rückweg nach Venezuela (vgl. Reith 2020: 3).

Literaturverzeichnis

- Álvarez de Flores, Raquel (2004): »La dinámica migratoria colombo-venezolana: Evolución y perspectiva actual«, in: *Geoenseñanza* 9(2), S. 191-202.
- Álvarez de Flores, Raquel (2009): »Refugiados entre fronteras: La nueva realidad migratoria colombo-venezolana«, in: *Observatorio Laboral Revista Venezolana* 2(4), S. 49-65.
- Beltrán, Rodolfo (2018): La vivienda y la migración venezolana, un tema pendiente, in: *Semana vom 30.07.2018*, <https://www.semana.com/contenidos-editoriales/la-vida-se-construye/la-vivienda-y-la-migracion-venezolana-un-tema-pendiente/577195>, Abrufdatum: 20.04.2020.
- Bonil, Alejandro (2019): »Análisis de política pública de recepción de venezolanos en Colombia«, in: Alexandra Castro Franco (Hg.), *Venezuela migra: aspectos sensibles del éxodo hacia Colombia* (=Temas de Derecho Internacional Público Nr. 1), Bogotá: Universidad Externado de Colombia, S. 87-122.
- Castro Franco, Alexandra (2016): *Inmigración en Colombia: Hacia una gestión migratoria coherente*, https://www.academia.edu/27633030/INMIGRACION_EN_COLOMBIA_HACIA_UNA_GESTION_MIGRATORIA_COHERENTE_1, Abrufdatum: 20.04.2020.
- [CNMH] Centro Nacional de Memoria Histórica (2015): *Una nación desplazada. Informe nacional del desplazamiento forzado en Colombia*, Bogotá: CNMH – UARIV.
- [CNR] Consejo Noruego para Refugiados (2019): *Identificación de necesidades de protección de la población venezolana en el territorio colombiano y otros países de acogida*, von 04/2019, <https://www.refworld.org/es/docid/5e5450b4a.html>, Abrufdatum: 20.04.2020.
- [CONPES] Consejo Nacional de Política Económica y Social (2018): *Documento CONPES 3950. Estrategia para la atención de la migración desde Venezuela*, Bogotá: CONPES.
- [CODHES] Consultoría para los Derechos Humanos y Desplazamiento (2018): *Necesidades de protección de las personas venezolanas forzadas a migrar, refugiadas y en riesgo de apatridia en Colombia*, Informe país como aporte a la audiencia temática 168 período de sesiones de la Comisión Interamericana de derechos humanos (CIDH) en república dominicana, Bogotá: CODHES.

- Cornelius, Wayne/Rosenblum, Marc (2005): »Immigration and Politics«, in: *Annual Review of Political Science* 8, S. 99-119.
- Curcio, Carmen-Lucía/Hoover Vanegas, José/Palacio, María/Corchuelo Ojeda, Jairo (2019): »Elderly and forced displacement in Colombia«, in: *Colombia Médica* 50(2), S. 52-66.
- Deutsche Welle (2018): Campamento humanitario de venezolanos en Bogotá, vom 21.11.2018, <https://www.dw.com/es/campamento-humanitario-de-venezolano-s-en-bogotá/g-46391531>, Abrufdatum: 20.04.2020.
- El Espectador (2020): Atención venezolanos: estos son los nuevos términos del Permiso Especial de Permanencia (PEP), vom 30.01.2020, <https://www.elespectador.com/noticias/el-mundo/atencion-venezolanos-este-son-los-nuevos-terminos-del-permiso-especial-de-permanencia-pep-articulo-902277>, Abrufdatum: 20.04.2020.
- El Tiempo (2018): Así se vive en el primer hogar de paso para venezolanos en la frontera, 04.02.2018, <https://www.eltiempo.com/colombia/otras-ciudades/asi-funciona-el-primer-hogar-de-paso-en-la-frontera-con-venezuela-178770>, Abrufdatum: 20.04.2020).
- [FIP] Fundación Ideas para la Paz (2018): Seguridad ciudadana y migración venezolana. Análisis exploratorio, Bogotá: FIP.
- Freier, Luisa/Parent, Nicolas (2019): »The regional response to the Venezuelan Exodus«, in: *Current History* 118, S. 56-61.
- FitzGerald, David Scott/Arar, Rawan (2018): »The sociology of refugee migration«, in: *Annual Review of Sociology* 44, S. 387-406.
- Glick Schiller, Nina/Salazar, Noel (2012): »Regimes of Mobility across the globe«, in: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 39, S. 1-18.
- Hernández Sabogal, Myriam (2017): »Gewaltsame Vertreibung in Kolumbien – eine Geschichte der Ausgrenzung«, in: *Perspectivas. Politische Analysen und Kommentare* 3, Kommen, Gehen, Bleiben, Weiterziehen. Facetten der Migration in Lateinamerika, Berlin: Heinrich Böll Stiftung, S. 16-20.
- [HRW] Human Rights Watch (2018): The Venezuelan exodus. The need for international protection and the region's response to an unprecedented migration crisis, USA: Human Rights Watch.
- Huang, Cindy/Gough, Kate (2018): The Venezuelan Migrant Crisis: Forging a Model for Regional Response, CGD Note 08/2018, Center for Global Development.
- Ibañez, Ana/Moya, Andrés (2007): La población desplazada en Colombia: Examen de sus condiciones socioeconómicas y análisis de las políticas actuales, Bogotá: Departamento Nacional de Planeación.
- [IACHR] Inter-American Commission on Human Rights (2017): Democratic Institutions, the Rule of Law and Human Rights in Venezuela. Country Report 2017, Washington: IACHR.

- [IOM] International Organization for Migration (2020): Profile of Venezuelan Refugees and Migrants in Latin America & the Caribbean Reveals Country-to-Country Variations in their Characteristics and Experiences, vom 27.08.2020, <https://www.iom.int/news/profile-venezuelan-refugees-and-migrants-latin-america-caribbean-reveals-country-country>, Abrufdatum: 09.09.2020.
- Juliao Vargas, Clara (2011): »Los desplazados en Bogotá y Soacha: características y protección«, in: Revista Paz y Conflictos 4, S. 1-19.
- Kreichauff, René (2018): »From forced migration to forced arrival: the campization of refugee accommodation in European cities«, in: Comparative Migration Studies 6(7), <https://doi.org/10.1186/s40878-017-0069-8>.
- Louis, Tatjana (2018): »Wir sind vertrieben, ohne es zu wissen«. Narrative Konstruktionen zu Binnenmigration und Binnenvertreibung in Kolumbien«, in: Simon Goebel/Thomas Fischer/Friedrich Kießling/Angela Treiber (Hg.), Flucht-Migration und gesellschaftliche Transformationsprozesse. Transdisziplinäre Perspektiven, Wiesbaden: Springer VS, S. 61-84.
- Maldonado Valera, Carlos/Martínez Pizarro, Jorge/Martínez, Rodrigo (2018): Protección social y migración. Una mirada desde las vulnerabilidades a lo largo del ciclo de la migración y de la vida de las personas, Santiago de Chile: CEPAL.
- Márquez Restrepo, Martha (2019): »Relaciones bilaterales entre Colombia y Venezuela ante la crisis y el posacuerdo.«, in: Eduardo Pastrana Buelvas/Hubert Gehring (Hg.), La crisis venezolana: impactos y desafíos, Bogotá: Fundación Konrad Adenauer, S. 493-512.
- Mazuera-Arias, Rina/Albornoz-Arias, Neida/Morffe Peraza, Miguel/Ramírez-Martínez, Carolina/Carreño-Paredes, Myrian-Teresa (2019): Informe sobre la movilidad humana venezolana II. Realidades y perspectivas de quienes emigran (8 de abril al 5 de mayo de 2019), San Cristobal: SJR.
- Migración Colombia (2020): Más de un millón 825 mil venezolanos estarían radicados en Colombia, vom 03.04.2020, <https://www.migracioncolombia.gov.co/noticias/265-abril-2020/mas-de-1-millon-825-mil-venezolanos-estarian- radicados-en-colombia>, Abrufdatum: 20.04.2020.
- Mijares, Victor (2014): »Proteste in Venezuela und die Krise des Chavismus«, in: Giga Fokus Latin America 2, German Institute of Global and Area Studies.
- Mijares, Victor/Rojas Silva, Nastassja (2018): »Venezuelan Migration Crisis puts the region's democratic governability at risk«, in: Giga Fokus Latin America 6, German Institute of Global and Area Studies.
- Ocampo Prado, Myriam/Martínez Carpetá, Mabel/Zuluaga Tapia, Sandra (2015): »Del campo a la periferia de la ciudad, la omnipresente sombra de la violencia. Campesinos desplazados forzados en Colombia caminan de la mano del eterno retorno a la violencia: vulneración y potencia de vida«, in: Psicología USP 26(2), S. 161-168.

- Otero Prada, Diego (2014): Situación social, económica y política de Venezuela. Documentos de investigación, Bucaramanga: Centro de Estudios Latinoamericanos, Cooperación Universitaria de Ciencia y Desarrollo.
- Palacios Sanabria, María/Lodoño Toro, Beatriz/Lozano Amaya, Alejandra (2019): »Nuevas realidades de los flujos migratorios hacia Colombia«, in: María Palacios Sanabria/Beatriz Lodoño Toro (Hg.), Migración y derechos humanos: El caso colombiano. 2014-2018, Bogotá: Editorial Universidad del Rosario, S. 11-53.
- Presidencia de la República (2018): »Palabras del Presidente Iván Duque en la reunión de alto nivel ›Refugiados y migrantes de Venezuela: Hacia una respuesta regional« vom 25.09.2018, <https://id.presidencia.gov.co/Paginas/prensa/2018/180925-Palabras-Presidente-Ivan-Duque-reunion-alto-nivel-Refugiados-y-migrantes-de-Venezuela-Hacia-una-respuesta-regional.aspx>, Abrufdatum: 20.04.2020.
- Pérez Fonseca, Andrea (2018): »Las periferias en disputa. Procesos de poblamiento urbano popular en Medellín«, in: Estudios Políticos 54, S. 148-170.
- Ramos, Francesca/Rodríguez, Ronal/Robayo, María (2018): Retos y oportunidades de la movilidad humana venezolana en la construcción de una política migratoria venezolana, Bogotá: Konrad Adenauer Stiftung/Universidad del Rosario.
- Ramos, Francesca/Rodríguez, Ronal/Robayo, María (2019): Las migraciones en el contexto colombo-venezolano, Bogotá: Fundación Konrad Adenauer/Universidad del Rosario.
- Ramsey, Geoff/Sánchez-Garzoli, Gimena (2018): Responding to an exodus. Venezuela's migration and refugee crisis as seen from the Colombian and Brazilian borders, Research Report, WOLA Advocacy for Human Rights in the Americas.
- Reith, Stefan (2020): Krisencocktail in Kolumbien. Covid-19 stürzt venezolanische Migranten in ausweglose Lage, Länderbericht vom 11.06.2020, Konrad Adenauer-Stiftung.
- Rendon, Moises/Schneider, Mark (2018): Venezuela's crisis is now a regional humanitarian disaster. A comprehensive framework for the United States, regional countries and the international community to address Venezuela's growing humanitarian crisis, CSIS Briefs, Washington: Center for Strategic and International Studies.
- Rodríguez, Ronal/Ramos, Francesca (2019): »Colombia de cara a los desafíos y oportunidades que representa la migración venezolana«, in: Eduardo Pastrana Buelvas/Hubert Gehring (Hg.), La crisis venezolana: impactos y desafíos, Bogotá: Konrad Adenauer Stiftung, S. 547-577.
- [R4V] Respuesta a los Venezolanos (2020): Reporte Situacional Febrero 2020 Colombia, <https://reliefweb.int/report/colombia/colombia-situation-report-february-2020>, Abrufdatum: 20.04.2020.

- Turner, Simon (2015): What is a refugee camp? Explorations of the limits and effects of the camp«, in: *Journal of Refugee Studies* 29(2), S. 139-148.
- [UNHCR] United Nations High Commissioner for Refugees (2019a): ACNUR abre un centro de recepción cerca de la frontera de Colombia para ayudar a los venezolanos vulnerables, vom 08.03.2019, <https://www.acnur.org/noticias/briefing/2019/3/5c82b8b84/acnur-ab...un-centro-de-recepcion-cerca-de-la-frontera-de-colombia-para.html>, Abrufdatum 20.04.2020.
- [UNHCR] United Nations High Commissioner for Refugees (2019b): *Global Trends Forced Displacement 2018*, Genf: UNHCR.
- Weltbank (2018): *Migración desde Venezuela a Colombia. Impactos y estrategia de respuesta en el corto y mediano plazo*, Washington: Banco Mundial.
- Zilla, Claudia (2019): *Venezuela, die Region und die Welt: Stationen für einen möglichen Ausweg aus der Krise*, SWP-Aktuell 14, Stiftung Politik und Wissenschaft.

Interviews

- Interview mit Ana, geführt am 22.01.2020 in Bogotá.
- Interview mit Paola, geführt am 19.01.2020 in Bogotá.
- Interview mit Victor, geführt am 09.02.2020 in Bogotá.